

LEISTUNGSBESCHREIBUNG SICHERHEITSDIENSTLEISTUNGEN

Inhalt:

Leistungsbeschreibung Sicherheitsdienstleistungen.....	2
1. Objekte	2
2. Umfang der zu erbringenden Leistungen.....	2
2.1 Allgemein	2
2.2 Sicherheitsdienstleistungen	4
2.3 Fachliche Hinweise	4
2.4 Ausrüstung des eingesetzten Personals	5
2.5 Wachbuch, Kontrollwesen, Abstimmung	5
2.6 Schulungen des eingesetzten Sicherheitspersonals	6
2.7 Auskünfte an Dritte, Verschwiegenheit.....	7
3. Arbeitszeit	7
4. Anforderungen an das eingesetzte Personal	7
4.1 Allgemeine Anforderungen an das einzusetzende Personal und den Personaleinsatz	7
4.2 Berufliche Qualifikation und Kenntnisse des Sicherheits- und Pfortenpersonals.....	8
4.3 Persönliche Eignung des Sicherheits- und Pfortenpersonals	8

Leistungsbeschreibung Sicherheitsdienstleistungen

1. Objekte

In folgenden Geschäftsstellen des Jobcenters Kreis Unna soll Sicherheitspersonal eingesetzt werden:

Es erfolgt eine Aufteilung in Lose nach §30 VgV.

Los 1:

Geschäftsstelle Unna, 59423 Unna, Viktoriastr. 4

Los 2:

Geschäftsstelle Kamen, 59174 Kamen, Rathausplatz 6

Los 3:

Geschäftsstelle Schwerte, 58239 Schwerte, Hüsingstr. 2

Los 4:

Geschäftsstelle Selm, 59379 Selm, Campus 2

Los 5:

Geschäftsstelle Lünen, 44534 Lünen, Kurt-Schumacher-Str. 15

Los 6:

Geschäftsstelle Bergkamen, 59192 Bergkamen, Louise-Schröder-Str. 12

Los 7:

Geschäftsstelle Unna, 59425 Unna, Brücke (Quartiersbüro / Berliner Allee 16)

2. Umfang der zu erbringenden Leistungen

2.1 Allgemein

Der Auftragnehmer gewährleistet die Sicherheit der jeweiligen Geschäftsstellen, deren ungestörten Betrieb sowie die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher und der dort Beschäftigten entsprechend dem von ihm erstellten, mit dem Angebot vorzulegenden und während der Vertragsausführung fortzuschreibenden Sicherheitskonzept. Im Sicherheitskonzept wird ausgeführt, wie die in dieser Leistungsbeschreibung näher beschriebenen allgemeinen Sicherheitsdienstleistungen konkret umgesetzt werden und ggf. welche zusätzlichen Leistungen erbracht werden. Der Auftragnehmer wird seine Leistungen in gleichbleibend hoher Qualität erbringen.

Der Auftragnehmer erhält Zugang zu allen notwendigen Gebäudeeinrichtungen und Räumlichkeiten, die für die Vertragserfüllung notwendig sind.

Die eingesetzten Beschäftigten nehmen keine hoheitlichen Tätigkeiten wahr. Sie üben ihre Tätigkeit im Rahmen der jedermann zustehenden Rechte aus. Die eingesetzten Beschäftigten dürfen während des Dienstes keine Schusswaffe, Hieb- und Stoßwaffen sowie Reizstoffsprühgeräte führen. Das Tragen von sonstigen gefährlichen Gegenständen (z. B. Sandhandschuhe) ist ebenfalls untersagt. Von Gewaltanwendung ist grundsätzlich abzu sehen. Das eingesetzte Sicherheitspersonal wirkt bei Konflikten deeskalierend auf die jeweiligen Betroffenen ein.

Bei der Leistungserbringung berücksichtigt der Auftragnehmer ethnische, religiöse und kulturelle Belange, Geschlecht, familiäre Bindungen und Konfliktpotentiale.

Erarbeitet der Auftraggeber weitere Schutz- oder Präventionskonzepte, so setzt der Auftragnehmer diese ebenfalls um bzw. unterstützt diese.

2.1.1 Vertragsgestaltung

Nachfolgend sind einige vertragliche Regelungen zu Leistungsänderungen dargestellt. Nähere Einzelheiten sind im Vertrag geregelt. Im Falle eines Widerspruchs gehen die vertraglichen Regelungen den Ausführungen in der Leistungsbeschreibung vor.

Die Vertragslaufzeit beträgt grundsätzlich 1,5 Jahre. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben. Der Vertrag endet mit Ablauf der Grundlaufzeit, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Mit einer Frist von jeweils drei Monaten zum Laufzeitende kann der Auftraggeber den Vertrag durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer zwei Mal um jeweils 1 Jahr verlängern. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben.

Der Vertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt u.a. insbesondere vor, wenn die andere Vertragspartei gegen Bestimmungen dieses Vertrages schwerwiegend oder wiederholt – trotz vorheriger schriftlicher, fruchtloser Abmahnung durch die kündigende Vertragspartei – verstoßen hat (außerordentliche Kündigung). Vor der außerordentlichen Kündigung ist der anderen Partei Gelegenheit zu geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Sonderkündigungsrecht: Bei der Schließung eines Standortes hat der Auftraggeber das Recht, den Sicherdienstleistungsvertrag vorzeitig für den entsprechenden Standort zu kündigen, mit einer Frist von 3 Monaten.

Die Vertragslaufzeit beginnt am 01.07.2026.

2.2 Sicherheitsdienstleistungen

Der Auftragnehmer erbringt die an den Standorten erforderlichen Sicherheitsdienstleistungen entsprechend der Leistungsbeschreibung.

Zu den **allgemeinen Aufgaben** gehören insbesondere:

- Einhaltung der Hausordnung sicherstellen
- Kontrollgänge sind je nach Geschäftsstelle individuell durchzuführen*
- Stündliche Kontrolle der Besuchertoiletten
- Dokumentation von besonderen Vorkommnissen oder Vorfällen im Wachbuch
- Das Sicherheitspersonal darf auffällige Kunden mündlich des Hauses verweisen. Die Geschäftsführung entscheidet abschließend über die Dauer möglicher Hausverbote
- Die Sicherheitsmitarbeiter greifen bei bedrohlichen Situationen auf Anforderung oder nach eigenem Ermessen ein
- Die Sicherheitsmitarbeiter können bei potentiell gefährlichen Kunden zum Beratungsgespräch dazu gerufen werden und postieren sich vor dem Büro, um ggf. sofort eingreifen zu können. In Ausnahmefällen kann der Sicherheitsmitarbeiter sich direkt im Büro postieren.
- Terminierte Hausverbotskunden müssen durch die Sicherheitsmitarbeiter im Gebäude begleitet werden.
- Die Sicherheitsmitarbeiter entscheiden in eigener Verantwortung über die Einschaltung der Polizei bzw. über die Anforderung eines Krankenwagens oder Notarztes**
- Das oberste Ziel in bedrohlichen Situationen ist stets die Deeskalation

**Bei den Kontrollgängen ist besonders auf eventuelle Störungen und Auffälligkeiten zu achten!*

***Bei sicherheitsrelevanten Meldungen oder Verdacht einer Straftat sowie in sonstigen Notfällen ist umgehend die Polizei bzw. die Feuerwehr bzw. der Rettungsdienst zu alarmieren und einzuweisen. Darüber hinaus leitet der Auftragnehmer die jedermann zumutbaren Sofortmaßnahmen zur Rettung von Menschenleben und bedeutenden Sachwerten ein und übernimmt die Warnung der Anwesenden. Des Weiteren ist umgehend die vom Auftraggeber benannte Person zu informieren.*

2.3 Fachliche Hinweise

Die fachlichen Hinweise zu den eingesetzten Sicherheitsdiensten im Jobcenter Kreis Unna (**Anlage**) sind zu berücksichtigen

2.4 Ausrüstung des eingesetzten Personals

2.4.1 Anforderungen an die Dienstkleidung

Der Auftragnehmer stellt den eingesetzten Beschäftigten einheitliche Dienstbekleidung, die einem freundlichen Erscheinungsbild angepasst ist. Die eingesetzten Beschäftigten müssen diese Dienstkleidung tragen.

Den Beschäftigten des Auftragnehmers ist auf Kosten des Auftragnehmers ein Dienstausweis mit Lichtbild, Namen oder eindeutig zuzuordnender Kennung und Funktion zu erstellen, vom Auftragnehmer zu unterschreiben und auszuhändigen; der Ausweis ist während der Tätigkeit in der Einrichtung ununterbrochen sichtbar in Brusthöhe am Körper zu tragen.

2.4.2 Kommunikationsmittel

Der Auftragnehmer stellt den eingesetzten Beschäftigten technische Geräte für die Kommunikation **Dienst-Mobiltelefon oder Handfunkgerät**, um die Erreichbarkeit während der Kontrollgänge sicherzustellen und bei Bedarf innerbetriebliche und außerbetriebliche hilfeleistende Stellen jederzeit kontaktieren zu können.

Die eingesetzten Beschäftigten müssen auch für Beschäftigte des Auftraggebers über ein Dienst-Mobiltelefon oder Handfunkgerät, erreichbar sein. Zu diesem Zweck überlässt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ggfls. zusätzliche Handfunkgeräte.

Alle hierbei entstehenden Kosten für Bereitstellung sowie die Gesprächsgebühren sind in der abgefragten Vergütung einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Das Nutzen von Telefonanschlüssen, Internet oder EDV des Auftraggebers, ist untersagt. Ebenso ist das Nutzen von privaten elektronischen Geräten während des Dienstes untersagt. Hierüber hat der Auftragnehmer die von ihm eingesetzten Beschäftigten zu informieren.

2.5 Wachbuch, Kontrollwesen, Abstimmung

2.5.1 Wachbuch, Schlüsselbuch und Besuchsbuch

Der Auftragnehmer führt durchgehend ein **Wachbuch**, in dem alle Vorkommnisse, Abweichungen, Beobachtungen parallel zu der sofortigen Meldung an den Auftraggeber nochmals schriftlich mit Datum und eintragender Person festgehalten werden.

Das Wachbuch ist unverzüglich und auf Deutsch zu pflegen. Es ist in der Geschäftsstelle im Arbeitsbereich des Sicherheitsdienstes zu führen. Es besteht ein jederzeitiges Leserecht durch die Beschäftigten des Auftraggebers oder dessen Beauftragte. Darüber hinaus besteht eine uneingeschränkte und unmittelbare Auskunftspflicht über alle sicherheitsrelevanten Vorkommnisse gegenüber Beschäftigten des Auftraggebers oder dessen Beauftragte.

Die gesammelten Daten des Wachbuchs überlässt der Auftragnehmer mit Beendigung des Vertragsverhältnisses dem Auftraggeber.

2.5.2 Kontrollwesen

Der Auftragnehmer leistet **regelmäßige Kontrollen** und Überwachungen der eingesetzten Beschäftigten durch eine Vorgesetzte / einen Vorgesetzten. Die Kontrollen erfolgen an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Uhrzeiten. Jede Kontrolle muss im Wachbuch mit Uhrzeit, Datum und Name der /des Vorgesetzten eingetragen werden. Die Kontrollen umfassen insbesondere die Anwesenheit der Beschäftigten des Auftragnehmers und deren äußeres Erscheinungsbild, die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung einschließlich der Einhaltung der Vorgaben. Der Auftraggeber behält sich ebenfalls unregelmäßige Kontrollen vor.

Der Auftragnehmer erstellt die Dienstpläne im Einklang mit den einschlägigen Arbeitsschutzregelungen und informiert seine Beschäftigten mit angemessenem Vorlauf über die Dienstzeiten.

2.5.3 Vertretung

Der Auftragnehmer hat für die jeweilige Geschäftsstelle eine Stammbesetzung zu benennen und zu gewährleisten, dass das entsprechend benannte Personal in der Einrichtung zur Verfügung steht. Eine dauerhafte Abweichung von der Stammbesetzung ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Dieser darf seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Unvorhergesehene Personalwechsel (z. B. bei Erkrankung) sind von dieser Regelung ausgenommen.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass durch Krankheit, Urlaub und sonstige Ausfälle des Personals die übernommenen Aufgaben nicht beeinflusst werden. Der Auftragnehmer ist im Regelfall verpflichtet, innerhalb von zwei Stunden, einen Ersatz zu stellen.

2.6 Schulungen des eingesetzten Sicherheitspersonals

Eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung der Beschäftigten wird vorausgesetzt. Das Personal ist regelmäßig nach den folgenden Vorgaben weiterzubilden.

Schulung	Wiederholungsturnus
Einweisung in das Notwehr- und Nothilferecht (§§32,34 StGB)	12 Monate

Schulung in deeskalierendem Verhalten bei Gefahrensituationen	12 Monate
Erste-Hilfe-Schulung	24 Monate

Vor Beginn der Vertragsausführungen müssen alle eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die o.a. Schulungen abgeschlossen haben.

2.7 Auskünfte an Dritte, Verschwiegenheit

Unterlagen -Schriftstücke, Akten, Hefte, Karteikarten usw. – die sich in den Diensträumen oder in der Empfangshalle befinden oder vorkommen, unterliegen allgemeinen und besonderen Datenschutzbestimmungen. In diese Unterlagen darf kein Einblick genommen werden. Schränke, Schubladen u.a. dürfen nicht unbefugt geöffnet werden. Über zufällig bekannt gewordene personenbezogene Daten aus dienstlichen Vorgängen ist Verschwiegenheit zu wahren. Die entsprechenden Datenschutzbestimmungen (Bundesdatenschutzgesetz, Sozialgesetzbuch und Datenschutzgesetz NRW) sind zu beachten.

3. Arbeitszeit

Montag – Donnerstag 08:00 Uhr – 16:00 Uhr
Freitag 08:00 Uhr – 13:00 Uhr

4. Anforderungen an das eingesetzte Personal

4.1 Allgemeine Anforderungen an das einzusetzende Personal und den Personaleinsatz

Der Auftragnehmer erfüllt den Auftrag mit fachkundigen und zuverlässigen Kräften, die die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz im Sicherheits- und Bewachungsgewerbe sowie die nachfolgenden Anforderungen erfüllen. Für deren Einsatz und Kontrolle ist er verantwortlich. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, erlässt der Auftragnehmer klare Dienstanweisungen für seine Beschäftigten. Alle Beschäftigten sind vor ihrem Einsatz von dem Auftragnehmer einzuweisen und einzuarbeiten.

Der Auftragnehmer ist für die Beaufsichtigung des Dienstbetriebes und einer stets aktuellen Unterweisung seiner Beschäftigten verantwortlich. Der Nachweis über die Unterweisung ist zu dokumentieren und auf Nachfrage des Auftraggebers bereitzustellen.

Es wird erwartet, dass das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal den besonderen Anforderungen dieses Dienstes in psychischer und physischer Hinsicht gewachsen ist. Das eingesetzte Personal muss ausreichend flexibel sein und über die Fähigkeit verfügen, sich auf einen ständig wechselnden Personenkreis und Personen aus anderen Kulturkreisen einzustellen.

Es sind stets Personen einzusetzen, die die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Während der gesamten Dienstzeiten herrscht striktes Alkohol- und Betäubungsmittelverbot. Ein Dienstantritt im bereits alkoholisierten oder berauschten Zustand ist ebenfalls untersagt. In allen Gebäuden herrscht absolutes Rauchverbot. Der Auftragnehmer belehrt die eingesetzten Beschäftigten hierüber schriftlich gegen Unterschrift. Kosten, die durch die Missachtung des Rauchverbots durch die eingesetzten Beschäftigten entstehen (etwa Feuerwehreinsatz), werden vom Auftragnehmer getragen.

Die Mitarbeiter/innen müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben und dürfen das 67. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Ein ständiger Personalwechsel ist zu vermeiden.

Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und ein gepflegtes Äußeres werden von den Aufsichtskräften erwartet. Das Lesen von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, o. Ä. sollte während des Dienstes unterbleiben.

Für Pausen stehen den Aussichtskräften gesonderte Räumlichkeiten zur Verfügung.

4.2 Berufliche Qualifikation und Kenntnisse des Sicherheitspersonals

- Nachweis einer vor der Industrie- und Handelskammer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung nach § 34a Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO) in Verbindung mit §§ 5a ff. BewachV oder gleichwertig (vgl. § 5d BewachV).
- Auszubildende und Praktikantinnen / Praktikanten dürfen nicht eigenverantwortlich als Sicherheitskräfte eingesetzt werden und werden auf den Personalschlüssel nicht angerechnet.

4.3 Persönliche Eignung des Sicherheitspersonals

- Für alle im Sicherheitsdienst Beschäftigten ist eine **Zuverlässigkeitsbescheinigung** des zuständigen Ordnungsamtes **vorzulegen**. Die Ergebnisse sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- Die Beschäftigung von Personen, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 225, 232 bis 233a, 234, 235, 236, 263 oder 264 StGB verurteilt worden sind, ist unzulässig.
- Vor der Einstellung und in regelmäßigen Abständen ist ein Führungszeugnis nach § 30 a Absatz 1 Bundeszentralregistergesetz ohne für die Eignung für die vorgesehene Tätigkeit relevante Eintragungen (z.B. Körperverletzung, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauch, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vorzulegen, das nicht älter als sechs Monate ist. Im Übrigen gilt § 44 Absatz 3 Asylgesetz.

- Für Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist vor der Einstellung ein Führungszeugnis gemäß § 30 b Bundeszentralregistergesetz ohne für die Eignung für die vorgesehene Tätigkeit relevante Eintragungen (z.B. Körperverletzung, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauch, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vorzulegen, das nicht älter als sechs Monate ist.
- Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das Personal persönlich zuverlässig, körperlich und geistig den Anforderungen des Sicherheitsdienstleistungsbereichs gewachsen ist sowie belastbar in Stresssituationen.
- hohe Identifikation mit der Aufgabe
- Für alle im Sicherheitsdienst Beschäftigten ist eine Eigenerklärung vorzulegen, dass keine für die Tätigkeit relevanten Vorstrafen (z.B. Körperverletzungs-, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauchs-, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vorliegen und aktuell kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren oder strafgerichtliches Verfahren anhängig ist.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vorgestellte Beschäftigte abzulehnen oder eine einmal erteilte Zusage zurückzunehmen,

- wenn die Beschäftigten, sich im Leistungsbezug gem. SGB II befinden.
- wenn die Beschäftigten die an ihre Eignung / Qualifikation gestellten Anforderungen nicht erfüllen,
- wenn Sicherheitsbedenken bestehen oder
- wenn das nach Ziffer 4.3 vorzulegende Führungszeugnis relevante Eintragungen (z.B. Körperverletzung, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauch, Sexual- und Staatsschutzdelikte) aufweist

Der Auftragnehmer hat dieser Forderung unverzüglich Folge zu leisten und geeignetes Ersatzpersonal entsprechend vorzustellen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Personal möglichst langfristig bei dem Auftraggeber einzusetzen. Sofern dies ausnahmsweise (z.B. bei Krankheit, Kündigung des Beschäftigten, etc.) nicht möglich ist, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über den Ausfall zu informieren und gleichwertigen Ersatz zu stellen. Für diesen sind ebenfalls unverzüglich die genannten Unterlagen einzureichen. Änderungen vor Einsatzbeginn und während des Einsatzes sind unverzüglich der hierfür benannten Ansprechperson mitzuteilen.